

Plantenherbarium d. Univ. zu Göttingen; durch
den Herrn d. Univ.

[illegible]

Семінарський:

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Gegründet 1856

Größte Auswahl, billigste Preise!
Meyer's Sport-Joppen für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.

Die Aufnahme von Musikabonnenten erfolgt in der Hauptstadt kostenfrei und in den Provinzstädten nach Entgelt. Die Preise der Zeitschriften betragen 1/2 Mark für 12 Hefen. Die Postgebühren sind 1/2 Mark für 12 Hefen. Die Abonnenten sind verpflichtet, die Zeitschriften an die Bibliothek zu liefern. Die Bibliothek ist für die Abnahme der Zeitschriften verantwortlich. Die Bibliothek ist für die Abnahme der Zeitschriften verantwortlich.

Kaufbedingte Aufträge nur gegen
Barzahlung.

Telefonat werden mit 10 Stg.
berechnet.

Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31.

Annahme von Inseraten und Abonnements für die
„Dresdner Nachrichten.“

Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh

HEINRICH MATTONI
in Giesshubl Sauerbrunn.

Verkauf in Dresden: Chemnitzstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Reichenstrasse 41 (Ming, Striebornstr.), im Lohstau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

zur leichten, schnellen und billigen Bereitung eines erfrischenden, überaus stärkenden Bades im Hause, vollständiger Ersatz für **Kräuter-, Fichtennadel- u. kohlensäure Bäder etc.** Jede Kapsel enthält die wirksamen Bestandtheile von 1/2 Pfd. frischen Mai-Kräutern. Pro Schachtel, zu 6 Vollbädern ausreichend, **2 Mk.** Alleinverkauf u. Versand

Dresden-A., Neumarkt 8. Gegr. 1860.

Demnächstige. Rußland und der Dreibund, Landtag, Das Königs-paar
Verma. Nehnte. Holland. Friedensvermittlung. Liebertödtungsprozess.

Die kraftvolle Stellungnahme der Zweiten Kammer, wie sie in dem bereits mitgetheilten Bericht der Finanzdeputation li- gegenüber den fortwährenden Ueberdehnungen der für Eisenbahnbauten leitens der Stände bewilligten Be- träge zum Ausdruck kommt, wird in allen Kreisen der Bevöl- kerung ungeheilte Zustimmung und Anerkennung finden. Die Kammer hat damit den Beweis erbracht, daß sie nicht davor zurückschreckt, auch die letzten verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen, wenn durch Maßnahmen oder Tölpelung der Regierung Eingriffe in die gewährleisteten Rechte der Stände und damit des Volkes vorliegen. Der Finanzdeputation der Zweiten Kammer gehören an die Abgeordneten: Noh (Vorsitzender), Jost, Kluge, Bachmann, Gleisberg, Röder, Rodel, Veltbold, Kentsch, Teichmann (Verichterstatter, an Stelle des erkrankten Geh. Kommerzienraths Niebammer) und Seidler. Wir können versichern, daß die Finanz- deputation von vornherein einmüthig zur verfassungsmäßigen Ver- folgung der Angelegenheit entschlossen gewesen ist. Wäre leitens des Finanzministeriums die Indemnität nicht nachgesucht worden, worüber, wie wir hinzufügen können, vom Gesamtministerium Beschluß gefaßt worden ist, so würde ein Zurückschreiten auf die Paragraphen 140—142 der Verfassung in Frage gekommen sein. Derselben lauten:

§ 140. Die Stände haben das Recht, Beschwerden über die durch die Königl. Ministerien oder andere Staatsbehörden geschehene Verletzung der Verfassung in einem gemeinschaftlichen Antrage an den König zu bringen. Dieser wird den Reichsrath sofort abtheilen, oder, wenn ein Zweifel dabei obwaltet, selbige, nach der Natur des Gegenstandes, durch die oberste Staatsbehörde oder die oberste Justizstelle erörtern lassen. Wird die Erörterung der obersten Staatsbehörde übertragen, so hat diese ihr Gutachten dem Könige zur Entscheidung vorzulegen; wird selbige aber an die obere Justizstelle verwiesen, so hat letztere zugleich die Sache zu entscheiden. Der Erfolg wird in beiden Fällen den Ständen eröffnet.

§ 141. Die Stände haben insbesondere auch das Recht, die Vorstände der Ministerien, welche sich einer Verletzung der Verfassung schuldig machen, förmlich anzuklagen. Sindem sie sich durch ihre Pflichten aufgefordert, eine solche Anklage zu erheben, so sind die Anklagepunkte bestimmt zu bezeichnen, und in jeder Kammer durch eine besondere Deputation zu prüfen. Vereinigen sich hiezu beide Kammern in ihren Beschlüssen über die Anklage, so bringen sie dieselbe, mit ihren Belegen, an den nachstehend § 142 bezeichneten Staatsgerichtshof.

§ 142. Zum gerichtlichen Schutze der Verfassung wird ein Staatsgerichtshof begründet. Diese Behörde erkennt über Handlungen der Vorstände der Ministerien, welche auf den Umsturz der Verfassung gerichtet sind, oder die Verletzung einzelner Punkte in der Verfassung betreffen. Ueberdies kann auch noch in den §§ 88 und 183 bemerkten Fällen an selbige der Rekurs genommen werden.

Uns ist nicht bekannt, daß jemals ein so ernstlicher Konflikt in Sachen zwischen der Regierung und den Ständen droht hätte. Man erinnert sich hierbei unwillkürlich der Konfliktzeit in Preußen vor 1866, wo die Regierung ohne ständische Bewilligung die Steuern fort erhob und die Staatswirtschaft weiterführte. Doch nach 1866 stand auch Bismarck trotz des durchschlagenden Erfolges seiner Politik nicht an, vom Landtage Indemnität nachzusuchen. — Es ist zu vermuten, daß die jetzigen Vorgänge die Personalveränderungen, denen man schon seit längerer Zeit entgegensteht, noch sicherer zur Entwicklung bringen. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß diese doch nicht vor Schluß des Landtages eintreten.

Der bevorstehende Besuch des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand von Oesterreich in St. Petersburg löst wieder einmal in der ausländischen, besonders der französischen Presse die abentheuerlichsten Kombinationen laut werden. Es wird da in eine Reihe von einem Anschlag Oesterreich-Ungarns an den russisch-französischen Zweibund auf Kosten der Tripelallianz phantasiert, die von einer vollständigen Bekenntung des inneren Defizits des russisch-französischen Verhältnisses zeugt. Wenn diese ursprüngliche auch ihre Spitze gegen Deutschland gerichtet haben mögen, haben solche Bestrebungen nach der gegenwärtigen politischen Lage jede praktische Bedeutung verloren. Rußland hat jetzt wichtigeres zu thun, als den in den Köpfen französischer Durcheinanderwühlenden Revanche-Ideen Vorschub zu leisten. Der russische Kaiser hat es bei seinem letzten Besuch in Frankreich deutlich genug ausgesprochen, daß er als den Hauptzweck des russisch-französischen Zusammenschlusses die Erhaltung und Sicherung des europäischen Friedens betrachte. In dieser Richtung braucht man sich also in Deutschland durch die Fiktion freundschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland nicht beunruhigen zu lassen, vielmehr hat man alle Ursache, den Besuch des österreichischen Thronfolgers am russischen Hofe als weiteren Beweis für die Friedensliebe des Jaren mit warmem Interesse zu verfolgen. Da man annehmen muß, daß die oben erwähnten

Phantasien der französischen Presse auch in Petersburg registrirt worden sind, so ist es vielleicht nicht rein zufällig, daß der Zar in seinem Glückwunschgramm zum Geburtstag des russischen Vorkaisers in Berlin, Gtalen v. d. Otten-Soden, dieiem besonders ostentativ seine Anerkennung mit den Worten ausgedrückt hat: „Ihre richtige Erkenntniß der Interessen Rußlands hat unzweifelhaft zur Aufrechterhaltung der seit Langein zu dem benachbarten Deutschen Reiche bestehenden freundschaftlichen Beziehungen beigetragen“. Viele an dem Geländen gerichtete Rundgebung bildet ein weiteres bemerkswerthes Glied in der Kette der Äußerungen und Handlungen, mit denen der Zar als oberster und ausschlaggebender Leiter der russischen auswärtigen Politik seine freundschaftlichen Gefinnungen für Deutschland zu dokumentiren sichtlich bestrebt ist. Gerade die zielbewußt deutschfreundliche Politik des Zaren giebt uns das beruhigende Vernehmlich, daß wir das Richtige treffen, wenn wir hinsichtlich unserer auswärtigen Politik unter Heil in den Bismarck'schen Traditionen suchen, für den das Verhältniß zu Rußland der Angelpunkt seiner auswärtigen Politik war, der Oesterreich als den nächsten und natürlichsten Bundesgenossen für das Deutsche Reich betrachtete, während er von einem engeren Anschluß an England nie etwas wissen wollte. Während Deutschland mit diesem jeden Tag in Afrika, in Ost- und Vorderasien, in der Subbie in Konflikt gerathen kann, bestehen zwischen ihm und Rußland keinerlei Interessengegenseit, vielmehr haben beide neben ihren parallel laufenden weltpolitischen Bestrebungen u. A. das gemeinsame continentale Interesse, die gefährlichen großpolitischen Bestrebungen niederzuhalten. Auch dem Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich ist durch Bismarck der Weg geebnet. Indem er Oesterreich aus dem Verbande des Deutschen Reiches ausschloß, wollte er die Gegenseit, die sich aus der Einverleibung einer halbdeutschen Macht in den engeren Verband der deutschen Staaten und der Nebenbuhlerschaft zwischen Preußen und Oesterreich nothwendig ergeben hätten, von vornherein vermeiden, um die habsburgische Macht dafür durch ein gegenläufiges Schutz- und Truppbündniß desto stärker an das neue Deutsche Reich zu fesseln.

In diesen Verstrickungen darf sich Deutschland auch durch kleine weltlichpolitische Differenzen, wie sie sich aus dem neuen deutschen Zolltarif mit Rußland und Oesterreich vielerorts ergeben werden und durch vorübergehende Versummungen, wie anlässlich der Breichener Vorgänge, nicht irre machen lassen: Bündnisse und Beziehungen, die den deutschen Interessen entspringen sind, wie dies z. B. bei Oesterreich der Fall ist, werden aus solchen Gründen nicht aufgegeben. Oesterreich kann den Halt, den ihm die Zugehörigkeit zum Dreibund verleiht, bei seinen inneren Verhältnissen nicht entbehren, das weiß man in Wien sehr wohl und wird sich hüten, die Erneuerung des Dreibundes von der Hand zu weisen. Man weiß in Wien auch ganz genau, daß ein alleiniges Bündniß mit Rußland bald in ein Vassallenverhältniß ansarten würde. Bei einem Bündnisse mit Deutschland bleibt Oesterreich ein gleichberechtigter Faktor im mitteleuropäischen Staatenbunde. Dasjenige Element, das in Oesterreich den Dreibund als unerschütterliche Grundlage der auswärtigen Politik betrachtet — und das sind die deutschen, zugleich die verlässlichsten Träger des österreichischen Staatsgedankens — hat die Interessen Oesterreichs viel besser im Auge, als die Dreibundgegner. Gehen also die österreichischen und deutschen Interessen in allen Punkten parallel, so ist dies nicht der Fall bei den österreichischen und russischen. Hier tritt die Balkanfrage dazwischen, die einmal einen dauernden Bund Oesterreichs mit Rußland allein zu Stande kommen läßt, so lange dieses Problem nicht endgiltig gelöst ist. Wenn auch durch das österreichisch-russische Balkanabkommen vom Jahre 1867, das die beiderseitigen Interessenipähren seitgestellt hat, der Bündniß, der in dem europäischen Hegemoniel, der Balkanhalbinsel, liegt, vorläufig unschädlich gemacht ist, so kann bei den heutigen betworenen Verhältnissen namentlich in Serbien die Balkanfrage jeden Augenblick wieder akut und Oesterreich dadurch in einen Konflikt mit Rußland hineingetrieben werden.

Das dies nicht schon längst geschehen ist, hat Oesterreich wahrscheinlich nur seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde zu verdanken. Dieser Einsicht vertheilt man sich in den österreichischen leitenden Kreisen sichtlich nicht. Mag nun der Dreibund in seiner alten Gestalt wieder zu Stande kommen oder fallen, wie es leider gegenwärtig einigemmaßen den Anschein hat, abzuweichen, Oesterreich wird sich auf seine Zukunftszugehörigkeit mit Deutschland besinnen. Wir aber haben ein Interesse daran, das auch zwischen unserem alten Bundesgenossen England und Oesterreich ein freundschaftliches Verhältnis zu Stande kommt und darum begrüßen wir die Andahnung eines solchen, wie sie in der Angekündigung des österreichischen Thronfolgers leitens des Saren zum Ausdruck kommt, mit aufrichtiger Genugthuung.

(Nächste eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Ein-Ad.) Reichstag. Bei sehr schöner
Befragung des Hauses wird die Beratung des Etats des
Reichsantheils des Innern, Kapitel Reichsversicherungs-
anstalt, fortgesetzt. Direktor Calver vom Reichsantheil des Innern
überwird dem Abg. Stadthagen: Inwiefern die Organe der Berufs-
genossenschaften ein Entgelt erhalten, merke dasseige gar nicht von
den Arbeitern, aufgebracht, sondern von den Unternehmern. Die

erfrenentlich thätigen Personen bestimmen Entschädigungen lediglich in Höhe ihrer wirklichen Auslagen, 1100 Personen bezogen nur 200 000 Mark. Die ganze Unfallversicherung summe bildet lediglich den Arbeitern zu Gute, die Thätigkeit der Berufsangehörigen ist eine Arbeit hochqualifizierter Männer ausschließlich zu Gunsten der Arbeiter. — Abg. Dersell (kont.): Herr Stadthagen hat uns ja an Hebertreibungen gewöhnt, aber das, was er ungesehen erzählt, übertrifft doch Alles, was wir bisher von ihm gehört haben. Er hat geteilt am Beispiel gesagt, die Knochen der Arbeiter seien nicht dazu da, die Kergte zu fassen der Unternehmer zu begraben. Ich habe die ganze Nacht darüber nachgedacht (weiterer), wie ich das vertreiben will und was ich Herr Stadthagen dabei gedacht hat: solche Hebertreibungen bewirken doch höchstens, daß Herr Stadthagen nicht mehr ernst zu nehmen ist. Es liegen, laut Herr Stadthagen, Millionen von Geldern aus den Knochen und dem Blut der Arbeiter in die Taschen der Unternehmer. In den Sophistendialekt des klassischen Alterthums und in den Talmudregeln des jüdischen Alterthums könnte Herr Stadthagen vielleicht eine Brämie erhalten für solche Behauptungen. Wo sind die Millionen, welche die Unternehmer aus den Unfällen der Arbeiter in ihre Taschen stecken sollen und wieviel soll die Statistik der Berufsangehörigen tendenzlos sein? Herr Stadthagen hat bemängelt, daß der Hergabebau auch von unermesslichen Betriebsunfällen spreche und ferner nicht nach der Länge der Arbeitszeit frage. Aber das macht die Statistik doch nicht tendenzlos. Redner befreit dann, daß die Unternehmer im Allgemeinen die Unfallversicherungsvorschriften hintanziehen, ebenso daß 91 Proz. aller Unfälle auf das Schuldkonto der Arbeitgeber entfallen, wie Stadthagen dies behauptet. Ebenso grundlos seien dessen Angriffe auf den Landtagsabgeordneten Heß, den Vorsitzenden der Baugewerks-Berufsangehörigen, wegen angeblicher übermäßig hoher Entschädigungsbezüge für Auslagen. Diese Angriffe auf einen unteilbaren Ehrenmann seien von vielem dem Reichsamt des Innern zur Prüfung übergeben und dort für absolut pallios befunden worden. In erroro perseverare stultum est, so ist das stultum ein noch viel unedlicher Ausdruck (Beifall). — Abg. Hilber weist gleichfalls die Stadthagensche Beschuldigung gegen die Berufsangehörigen und deren ehrenamtliche Vereinsvorsitzmitglieder zurück. Namentlich sei auch die Verdrängung hinfällig, daß durch das System der Vertrauensräte die verunglückten Arbeiter geschützt würden. In den Schiedsgerichten würden stets auch noch Bedarft andere Vorgesetzte gehört und dem Gutachten derselben das gebührende Gewicht beigelegt. Ein parlamentarisches Wort fehle ihm gänzlich gegenüber der erntehaften Behauptung Stadthagens, „es sei selbstverständlich und natürlich, daß die Unfälle zunehmen, denn die Unternehmer hätten ja einen Nutzen davon“. Was für einen Nutzen? Stadthagen sei bei jedem Unfall eine Schuld des Arbeitgebers, in Wirklichkeit werde die Zahl der Unfälle zu sehr großen Theile verschuldet wenigstens beim Vergah — durch den starken Wechsel der Beschäftigten und die damit verbundene Unkenntnis der Gefahr. — Abg. Dersell (Zos.) führt das Aufkommen der Unfälle im Bereiche der Landwirtschaft hauptsächlich auf die agrarische Zusammenfassung der Landesberufsausfall zurück. Viele Zusammenfassung bringe es mit sich, daß man den Landwirthen nicht durch das Bestehen auf ständiger Anschaffung der Unfallversicherungsvorschriften weise thun wolle. Weiter bemängelt Redner, daß der sogenannte „durchschnittliche Tagelohn“ der den Rentenleistungen zu Grunde liegt, noch vielfach der Reallohnung entbehre, so z. B. in Mecklenburg. — Staatssekretär Graf Dönhofslein erklärt, daß vielfach die Tagelohnleistungen für die Rentenzwecke dem Thatsächlichen nicht entsprechen, habe er die einzelnen Staaten erucht, eine Reallohnung herbeizuführen. In Preußen sei dies geschehen, wenn es in Mecklenburg noch nicht gelungen sei, so werde er sich wieder halb nochmals an die mecklenburgische Landesregierung wenden. — Abg. Büsing (nat. lib.) verteidigt die mecklenburgische Landesversicherungsanstalt gegen den Vorwurf agrarischer Tendenzen. — Abg. Köndke-Dehn fratzenlosch stellt mit, die Versicherungsanstalt Berlin habe beschlossen, unrentenfähigen Personen, welche in Sanatorien ebracht wurden, um die ersten völligen Heilung entgegen zu führen, monatlich 1/2 des Krankengeldes gewissermaßen als Tagelohn zu belassen. Der Bundesrath habe aber dieser Belohnung durch Verfügung vom 7. November 1901 abgelehnt. Er bitte monatlich, die Gründe der Ablehnung hier mitzuteilen. Weiter nennt Redner, das Reichsversicherungsamt in Schutz gegen die Angriffe aus Kreisen des Centralverbandes Großindustrieller, sowie gegen die Stadthagens. Es sei unrichtig, wie Herr Stadthagen das verallgemeinern und aus einzelnen vielleicht zu brandstiftenden Vorformnissen die schweren Beschuldigungen gegen alle Berufsangehörigen als solche richten. Wie wäre es, wenn man den Spitzen und untere und aus einem vollkommen reibigen Falle, so ein Arbeiter unvorsätzlich durch solche Namensnennung sich in wohl eine Alibi — wie eine Invalidenten erkläre, daß alle Arbeiter jenseit. (Lärm links, vielfache Unterbrechungen des Redners durch Lärm links). Die Vertrauensräte sind politisch demokratisch die erste Instanz der Berufsangehörigen genannt worden. Was ist das für ein Ausdruck? Ferner, Personen müßte doch schließlich die Berufsangehörigen haben und vor den Schiedsgerichten, wo die Auszeichnung anderer Vorgesetzten gefordert werden kann, können doch die Arbeiter zu ihrem vollen Rechte. — Abg. Dersell (Zos.) verbreitet sich über die mangelhafte Kontrolle beim Baugewerbe, wodurch viele Unfälle herbeizuführen werden, und fragt an, welches Ergebnis die Untersuchung des Griechischer Unfalls gehabt habe. — Staatssekretär Graf Dönhofslein kommt auf die vom Abg. Köndke erwähnten Mangel an Angriffen auf das Reichsversicherungsamt zurück. Die Berufsangehörigen seien zu wichtige Körperschaften, daß eine gründliche Staatsaufsicht durchaus notwendig sei, auch in dem Gebiete der Geldverwaltung. Die bezüglichsten Kontrollen hätten des Reichsversicherungsamtes seien daher durchaus in sich bedingt. Die vom Abg. Köndke erwähnte Ablehnung eines Belohnung, die Versicherungsanstalt Berlin anknüpfend, so habe der Bundesrath geantwortet, daß das neue Anknüpfungsrecht zu kurz sei in Kraft sei, daß die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten für die Danks noch gar nicht übersehen solle. Außer gelegentlichen Auslagen — und um eine solche handelt es sich in diesem Falle — könne der Bundesrath daher insoweit keine Zustimmung noch nicht erteilen. Zur Vergebung von Baumaterial habe das Reichsversicherungsamt bereits ein Schreiben an die

Kjund's heretische Minderwid. (Ermittelung) **Fürstentum**
Kreuzer Molheri Wdr. Kjund, Bamberger, 79